

Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung
am 05.05.2015**

um 17:00 Uhr bis 18:40 Uhr in Remscheid, Rathaus, 2. Etage, Kleiner Sitzungssaal

Anwesend sind:

Vorsitzende

Frau Tanja Kreimendahl

Ratsmitglieder

Frau Dr. Stefanie Bluth

Herr Kurt-Peter Friese

Herr Mathias Heidtmann

Herr André Hüsgen

Herr Kai Kaltwasser

Vertretung für Herrn Siegert

Frau Katharina Elisabeth Keil

Herr Peter-Edmund Uibel

Herr Stefan Wagner

Vertretung für Herrn Thiel

Sachkundige Bürger/innen

Herr Sven Chudzinski

Frau Susanne Fiedler

Herr Fabian Günther

Herr Thorsten Schwandt

Herr Stephan Weber

Frau Jutta Wilke

Herr Oliver Witte

Sachkundige Einwohner/innen

Herr Lars Jochimsen

Beigeordnete

Frau Barbara Reul-Nocke

von der Verwaltung

Herr Wolfgang Putz

Herr Jürgen Beckmann

Herr Markus Wolff

Gäste

Herr Martin R. Haas

Herr Mike Giera

Herr Wolfgang Klubertz

Schriftführerin

Frau Birgit Mendryscha

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Bürger/innen

Herr Kai Eric Gerber

Tagesordnung

I. Öffentlich

- | | | |
|--------------|---------|---|
| 1 | | Änderung/Erweiterung der Tagesordnung |
| 2 | | Verpflichtung von Herrn Stephan Weber |
| 3 | | Niederschriften über die Sitzungen vom 17.03.2015 und 01.04.2015 |
| 4 | | Tierheim Remscheid Sachstandsbericht von Herrn Haas |
| 5 | | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung |
| 5.1 | 15/1237 | Trinkwasserkonzept der Stadt Remscheid Anfrage Bündnis 90 / Die Grünen vom 15.04.2015 zur Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 05.05.2015 |
| 5.2 | 15/1236 | Ausweisung zusätzlicher Flächen für öffentliche Grillplätze im Stadtgebiet Anfrage der CDU-Fraktion vom 15.04.2015 zur Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 05.05.2015 |
| 5.2.1 | 15/1272 | Ausweisung zusätzlicher Flächen für öffentliche Grillplätze im Stadtgebiet - Anfrage der CDU Fraktion |
| 5.3 | 15/1096 | Informationsschreiben an alle Grundstückseigentümer bei Flächenplanänderungen u. ä. Anfrage der Ratsgruppe der W.i.R. vom 10.03.2015 zur Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 17.03.2015 |
| 6 | | Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung |
| 6.1 | | Sachstandsbericht Waldtierbestand Vortrag von Herrn Wolff |
| 6.2 | | Sachstandsbericht Jagdgesetz Vortrag von Herrn Wolff |
| 7 | | Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung |
| 8 | | Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung |
| 9 | | Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung |
| 9.1 | 15/1008 | Aufstellen von zusätzlichen und farblich auffälligen Mülleimern Antrag der CDU-Fraktion vom 24.02.2015 zur Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 17.03.2015 |
| 9.2 | | Ersatzpflanzungen bei krankheits- bzw. verkehrssicherungsbedingten |

Entfernungen von geschützten städtischen Bäumen

- 9.2.1** 15/1109 Ersatzpflanzungen bei krankheits- bzw. verkehrssicherungsbedingten Entfernungen von geschützten städtischen Bäumen
Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 13.03.2015 zur Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 17.03.2015 und zur Sitzung des Rates am 26.03.2015
- 9.2.2** 15/1114 Ersatzpflanzungen bei krankheits- bzw. verkehrssicherungsbedingten Entfernungen von geschützten städtischen Bäumen
Antrag der Fraktion Die Linke vom 16.02.2015 zur Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 17.03.2015 und zu den Sitzungen von HFB und Rat am 26.03.2015
- 9.2.3** 15/1185 Empfehlung des Landschaftsbeirats zu Ersatzpflanzungen bei krankheits- bzw. verkehrssicherungsbedingten Entfernungen von geschützten städtischen Bäumen (ergänzte Fassung)
- 9.3** 15/0898 Antrag der SPD-Fraktion - Erstellung einer Inklusionsplanung für die Kommune
- 9.4** 15/1282 Wiedereinstieg in den European Energy Award®
Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Ratsgruppe und der W.i.R.-Ratsgruppe vom 28.04.2015
- 10** Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung
- 10.1** vergiftete Hundeköder
Anfrage von Frau Keil
- 10.2** geändertes Meldegesetz, Vermieterbescheinigung
Anfrage von Frau Fiedler
- 10.3** Spielplatz Stadtpark
Anfrage von Herrn Schwandt
- 11** 15/1124 Sanierungsplanung und Sanierung eines Galvanikstandortes in Reinshagen

Grundsatzbeschluss zur Finanzierung und Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem AAV - Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung in NRW
- 12** 15/1131 BP 631 – Gebiet: Flurstraße
1. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Bürger (§ 13 a BauGB i.v.m. § 3 (2) BauGB)
 2. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 13 a BauGB i.V.m. § 3 (2) und § 4 (2) BauGB)
 3. Satzungsbeschluss (§ 13 a BauGB i.V.m. § 10 (1) BauGB und § 7 Gemeindeordnung NRW)

- 13** 15/1171 BP 612 - Gebiet: zwischen Hans-Potyka-Str. und Virchowstraße
1. Entscheidung über die während der 1. öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit (§ 3 (2) BauGB)
 2. Entscheidung über die während der 1. öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 3 (2) in Verbindung mit § 4 (2) BauGB)
 3. Entscheidung über die während der „Betroffenenbeteiligung wegen Planergänzung nach Offenlage“ eingegangenen Stellungnahmen der betroffenen Öffentlichkeit sowie der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (gem. § 4 a (3) Satz 4 BauGB)
 4. Beschluss über die 2. öffentliche Auslegung des BP 612 (gem. § 3 (2) und 4 (2) BauGB i.V.m. § 4 a (3) Satz 1 BauGB)
- 14** 15/1193 2. Änderung des Flächennutzungsplans - Gebiet Platz, westlich Morsbachtalstraße
1. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB)
 2. Entscheidung über die im Rahmen der öffentlichen Auslegung eingereichten Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB) sowie der Nachbargemeinden (§ 2 Abs. 2 BauGB)
 3. Entscheidung über die Stellungnahmen der betroffenen Öffentlichkeit sowie der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4a Abs. 3 S. 4 BauGB)
 4. Feststellungsbeschluss und Antrag auf Genehmigung (§ 6 Abs. 1 BauGB)

II. Nichtöffentlich

- 1 Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung
- 2 Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung
- 3 Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung
- 4 Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung
- 5 Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung
- 6 Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

I. Öffentlich

1. Änderung/Erweiterung der Tagesordnung

Frau Kreimendahl bittet folgende Änderungen der Tagesordnung zu beschließen:

- TOP 4.3 – 15/1096, Informationsschreiben an alle Grundstückseigentümer bei Flächenplanänderungen u. ä. – wird von der Tagesordnung abgesetzt, da die Beratung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Energieeffizienz und Verkehr abgewartet werden soll.
- TOP 8.1 -15/1008, Aufstellen von zusätzlichen und farblich auffälligen Mülleimern – wird ebenfalls abgesetzt, um die Beratung im TBR-Ausschuss abzuwarten.

Frau Fiedler zieht den Antrag der Grünen/Bündnis 90 (TOP 8.2.1) zurück, da dieser weitestgehend mit dem der LINKEN übereinstimmt.

Es wird keine weitere Änderung der Tagesordnung gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung beschließt folgende Änderungen der Tagesordnung:

- TOP 4.3 – 15/1096, Informationsschreiben an alle Grundstückseigentümer bei Flächenplanänderungen u. ä. – wird von der Tagesordnung abgesetzt,
- TOP 8.1 -15/1008, Aufstellen von zusätzlichen und farblich auffälligen Mülleimern – wird ebenfalls abgesetzt,
- TOP 8.2.1 – 15/1109, Ersatzpflanzungen bei krankheits- bzw. verkehrssicherungsbedingten Entfernungen von geschützten Bäumen, Antrag Bündnis 90/Die Grünen – wird nicht behandelt, da Frau Fiedler den Antrag der Grünen/Bündnis 90 zurückgezogen hat.

2. Verpflichtung von Herrn Stephan Weber

Analog § 67 Abs. 3 i. V. m. § 58 Abs. 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) wird Herr Stephan Weber von der Vorsitzenden, Frau Kreimendahl, ins Amt eingeführt und in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet.

3. Niederschriften über die Sitzungen vom 17.03.2015 und 01.04.2015

Frau Reul-Nocke berichtet die Niederschrift vom 17.03.2015 dahingehend, dass das Heiraten nicht in Lüttringhausen, sondern im Röntgen-Museum Lennep nach wie vor möglich ist. Nachrichtlich wird festgestellt, dass Frau Jutta Wilke ab 17.35 Uhr ihren Vertreter, Herrn Wolfgang Klubertz, als ordentliches Mitglied im Ausschuss abgelöst hat.

Im Übrigen werden die Niederschriften vom 17.03. und 01.04.2015 in der vorgelegten Form bestätigt.

4. Tierheim Remscheid Sachstandsbericht von Herrn Haas

Herr Haas, Vorsitzender des Tierschutzvereins Remscheid und Radevormwald e. V., Tierheim Remscheid – erläutert, dass der Verein u. a. die Fundtierbetreuung für die Stadt Remscheid durchführt. Die generelle Zusammenarbeit mit den städtischen Mitarbeitern insbes. mit dem FD Bürger, Sicherheit und Ordnung ist sehr gut und kollegial. Dennoch wird der zwischen beiden Bereichen geschlossene Vertrag, der 2016 ausläuft, in der Form nicht fortgeführt werden, da die von der Stadt Remscheid gezahlte Pauschale bereits in 2014 um ca. 15.000,- Euro überschritten wurde. Auf Anfrage von Herrn Uibel berichtet er, dass den Kosten in Höhe von 88.000,- Euro ein Pauschalbetrag von 73.000,- Euro gegenüber steht. Der Fehlbetrag wurde über Spenden, Beiträge, Erbschaften und Verkaufserlöse erwirtschaftet.

Herr Haas berichtet des Weiteren über die zwz. durchgeführten grundlegenden Sanierungsmaßnahmen und die organisatorischen Veränderungen (z. B. Katzenquarantäne).

Auf Anfrage von Frau Dr. Bluth führt er aus, dass im Schnitt ca. 51 Hunde mit 211 „Hundetagen“ und 145 Katzen mit 9047 „Katzentagen“ sowie 41 Kleintiere mit 2564 Tagen betreut wurden, in Spitzenzeiten sind 30 – 40 Hunde und 140 Katzen vor Ort.

Abschließend führt er aus, dass die verschärften Vorschriften im Bereich des Gewässerschutzes dazu geführt haben, dass Untere Wasserbehörde und TBR grundlegende, umfangreiche Sanierungsmaßnahmen im Bereich des Abwassersystems fordern, die zu einer Schließung des Tierheims führen werden, wenn nicht mit politischer Unterstützung eine kostengünstigere Abhilfe gefunden werden kann. Herr Haas lädt die Mitglieder des Ausschusses ein, sich über die Gegebenheiten vor Ort zu informieren (Ortstermin zwz. für den 18.05.2015 vorgesehen).

Frau Kreimendahl spricht sich im Namen des Ausschusses für den weiteren Erhalt des Tierheims aus und regt an, kurzum einen Lösungsvorschlag zur Empfehlung an den Ausschuss der technischen Betriebe Remscheid zu erarbeiten und die Angelegenheit in einer der nächsten Sitzungen erneut zu behandeln. Die TBR ist entsprechend zu unterrichten.

Herr Putz gibt bekannt, dass der FD 3.31 zusammen mit der TBR eine Verwaltungsvorlage mit Darstellung der Problematik und möglichen Lösungsansätzen erarbeiten wird.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt Kenntnis.

5. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung

5.1. Trinkwasserkonzept der Stadt Remscheid Anfrage Bündnis 90 / Die Grünen vom 15.04.2015 zur Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 05.05.2015 Vorlage: 15/1237

Herr Giera – EWR- erläutert anhand der als **Anlage 1** beigefügten Power Point-Präsentation das Trinkwasserkonzept für die Stadt Remscheid.

Frau Fiedler stellt abschließend nochmals heraus, dass die Dhünntalsperre als Trinkwassersperre gefährdet ist und man auch im Hinblick auf die Katastrophe an der Neyetalsperre alles dafür tun sollte, um die Eschbachtalsperre als Trinkwassersperre längerfristig zu erhalten.

Herr Giera bestätigt die Ausführungen vom Grundsatz her, gibt aber zu bedenken, dass hierfür die notwendigen Finanzmittel vorhanden sein müssen.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

**5.2. Ausweisung zusätzlicher Flächen für öffentliche Grillplätze im Stadtgebiet
Anfrage der CDU-Fraktion vom 15.04.2015 zur Sitzung des Ausschusses für
Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 05.05.2015
Vorlage: 15/1236**

Herr Heidtmann bedauert, dass für das gesamte Remscheider Stadtgebiet lediglich ein Grillplatz im Eschbachtal zur Verfügung steht. Er begrüßt daher die Ausführungen der TBR, wonach mögliche weitere Standorte geprüft werden.

Herr Uibel bittet, dass mögliche Alternativen unmittelbar mit entsprechenden Kostenberechnungen vorgelegt werden sollten.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Anfrage der CDU-Fraktion und die Ausführungen zur Kenntnis.

**5.2.1. Ausweisung zusätzlicher Flächen für öffentliche Grillplätze im Stadtgebiet -
Anfrage der CDU Fraktion
Vorlage: 15/1272**

siehe hierzu TOP 5.2

**5.3. Informationsschreiben an alle Grundstückseigentümer bei Flächenplanänderungen u. ä.
Anfrage der Ratsgruppe der W.i.R. vom 10.03.2015 zur Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 17.03.2015
Vorlage: 15/1096**

Die Angelegenheit wird vertagt.

6. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung

**6.1. Sachstandsbericht Waldtierbestand
Vortrag von Herrn Wolff**

Herr Wolff erläutert anhand der als **Anlage 2** der Niederschrift beigefügten Power Point-Präsentation den aktuellen Waldtierbestand in der Region.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt Kenntnis.

**6.2. Sachstandsbericht Jagdgesetz
Vortrag von Herrn Wolff**

Anhand der als **Anlage 3** der Niederschrift beigefügten Power Point-Präsentation berichtet Herr Wolff über die Neuerungen im Jagdgesetz.

Auf Anfrage von Frau Fiedler berichtet Herr Wolff, dass aus Gründen der Lebensmittelsicherheit zugunsten anderer Stoffe auf bleihaltige Munition verzichtet werden soll, obwohl diese jagdtechnisch noch nicht optimal eingestuft werden können.

Er bestätigt, dass von Amtswegen künftig auf die jährliche Trophäenschau verzichtet werden soll.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

7. Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung

Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung wurden nicht vorgelegt.

8. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung

Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung werden nicht gemacht.

9. Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung

**9.1. Aufstellen von zusätzlichen und farblich auffälligen Mülleimern
Antrag der CDU-Fraktion vom 24.02.2015 zur Sitzung des Ausschusses für
Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 17.03.2015
Vorlage: 15/1008**

Die Angelegenheit wird vertagt.

9.2. Ersatzpflanzungen bei krankheits- bzw. verkehrssicherungsbedingten Entfernungen von geschützten städtischen Bäumen

9.2.1. Ersatzpflanzungen bei krankheits- bzw. verkehrssicherungsbedingten Entfernungen von geschützten städtischen Bäumen

Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 13.03.2015 zur Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 17.03.2015 und zur Sitzung des Rates am 26.03.2015
Vorlage: 15/1109

zurückgezogen

9.2.2. Ersatzpflanzungen bei krankheits- bzw. verkehrssicherungsbedingten Entfernungen von geschützten städtischen Bäumen

Antrag der Fraktion Die Linke vom 16.02.2015 zur Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 17.03.2015 und zu den Sitzungen von HFB und Rat am 26.03.2015
Vorlage: 15/1114

Herr Schwandt erklärt, dass der von der Verwaltung vorgeschlagene Finanzierungsvorschlag fraglich erscheint, da die Höhe der zweckgebundenen Ausgleichszahlungen gemäß Baumschutzsatzung für weitere Zahlungen zu gering ist.

Herr Heidtmann erklärt, dass Ersatzpflanzungen für z. B. stadtbildprägende Bäume erfolgen sollten, generelle Ersatzpflanzungen jedoch kostenmäßig eher nicht tragbar sind. Er spricht sich für das Finanzierungsmodell der Verwaltung aus, ebenso die Herren Chudzinski und Uibel.

Frau Fiedler spricht sich für den Vorschlag der Linken aus. Der von der Verwaltung gemachte Vorschlag sollte dabei als Einstieg gewertet werden; die vorgeschlagene Finanzierungslösung der Verwaltung wird für nicht ausreichend gehalten.

Abstimmungsergebnis:

Ja 2 Nein 13 Enthaltungen 1

Beschluss:

Der Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung empfiehlt dem Rat der Stadt Remscheid der Empfehlung des Landschaftsbeirats vom 16.12.2014 zur Vornahme von Ersatzpflanzungen für gemäß Baumschutzsatzung geschützte städtische Bäume, die krankheits- oder verkehrssicherungsbedingt entfernt werden müssen, zu folgen und zu beschließen:

Bei der Entfernung von städtischen Bäumen, die unter die Baumschutzsatzung fallen, muss in jedem Fall (auch wenn sie krankheitsbedingt oder aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht entfernt werden) eine Ersatzpflanzung erfolgen. Die Pflanzung sollte wenn möglich in der Nähe erfolgen. Die Zahl der zu pflanzenden Ersatzbäume orientiert an der Baumschutzsatzung. Die notwendigen Mittel für die Ersatzpflanzungen sind in den Haushalt einzustellen.“

Der Antrag ist somit abgelehnt.

**9.2.3. Empfehlung des Landschaftsbeirats zu Ersatzpflanzungen bei krankheits- bzw. verkehrssicherungsbedingten Entfernungen von geschützten städtischen Bäumen (ergänzte Fassung)
Vorlage: 15/1185**

Abstimmungsergebnis:

Ja 14 Nein 1 Enthaltungen 1

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung empfiehlt dem Rat der Stadt folgende Beschlussfassung:

Der Rat der Stadt Remscheid folgt den Empfehlungen des Landschaftsbeirats vom 16.12.2014 teilweise:

Für krankheits- oder verkehrssicherungsbedingt zu entfernende städtische Straßenbäume oder stadtbildprägende Bäume, die der Baumschutzsatzung unterliegen, werden Ersatzpflanzungen vorgenommen. Die Anzahl der zu pflanzenden Bäume orientiert sich an der Baumschutzsatzung.

Die Kosten der Ersatzpflanzungen werden aus den Einnahmen der zweckgebundenen Ausgleichszahlungen nach Baumschutzsatzung finanziert.

Den weiteren Empfehlungen des Landschaftsbeirates wird nicht gefolgt.

**9.3. Antrag der SPD-Fraktion - Erstellung einer Inklusionsplanung für die Kommune
Vorlage: 15/0898**

Frau Fiedler stellt zunächst fest, dass die Angelegenheit auch im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Energieeffizienz und Verkehr behandelt werden sollte und regt an, den Inklusionsbeauftragten der Stadt in den Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung einzuladen, um Umfang und organisatorische Umsetzung der Maßnahme zu erläutern.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltungen 1

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung schließt sich dem Beschluss des Ausschusses für Schule vom 11.03.2015 an und empfiehlt:

1. Die Verwaltung möge mittelfristig einen Inklusionsplan für die Kommune erstellen und hierzu eine Projektgruppe zum Thema Inklusion bilden.
2. Da Inklusion ein übergreifendes Thema ist, sollte die Erarbeitung des Inklusionsplans in mehreren Teilschritten erfolgen.

3. Das Thema Inklusion in allen Fachausschüssen sowie Beiräten einzubringen.

**9.4. Wiedereinstieg in den European Energy Award®
Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-
Ratsgruppe und der W.i.R.-Ratsgruppe vom 28.04.2015
Vorlage: 15/1282**

Herr Heidtmann stellt fest, dass das dem Fachdienst Umwelt zur Verfügung stehende Budget für die Erstellung von Druckerzeugnissen nicht ausreichen wird, um die Maßnahme zu finanzieren. Er bittet daher die Verwaltung, bis zur Sitzung des Rates der Stadt am 18.06.2015 einen Kompensationsvorschlag auch unter Mitberücksichtigung der v. g. Mittel vorzulegen.

Herr Putz bestätigt, dass selbst eine Halbierung der Mittel für Broschüren u. ä. zugunsten des Wiedereinstiegs in den European Energy Award eine erhebliche Beschneidung darstellen würde.

Frau Fiedler erklärt, dass zum einen der Gesamtetat für Druckerzeugnisse betrachtet werden sollte und zum anderen auch weitere Finanzierungsmöglichkeiten angeboten werden können.

Frau Kreimendahl stellt abschließend fest, dass vor einer endgültigen Beschlussfassung die Finanzierung der Maßnahme gesichert sein sollte.

Abstimmungsergebnis:

Ja 8 Nein 6 Enthaltungen 2

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung empfiehlt dem Rat der Stadt, die Verwaltung zu beauftragen, sich für vier Jahre zur Teilnahme, die mit einem jährlichen Eigenanteil von 2.438 Euro verbunden ist, zu verpflichten. In den vier Jahren sind dies also insgesamt 9.572 Euro. Die restlichen Kosten von 38.800 Euro werden im Rahmen einer Förderung vom Land NRW übernommen.

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung darüber hinaus, bis zur Sitzung des Rates der Stadt am 18.06.2015 die Finanzierung der Maßnahme – auch mit Blick auf die Inanspruchnahme von Einsparungen bei der Erstellung von städt. Druckerzeugnissen (Plakate, Flyer und Broschüren) - zu prüfen und einen Kompensationsvorschlag vorzulegen.

10. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

**10.1. vergiftete Hundeköder
Anfrage von Frau Keil**

Frau Keil nimmt Bezug auf die Anfang April 2015 in der örtlichen Tagespresse erfolgte Mitteilung, dass vergiftete Hundeköder ausgelegt wurden. Sie bittet die Verwaltung im Rahmen

einer Presseerklärung Verhaltensregeln für Bertoffene bei Köderfunden und Hilfsmaßnahmen bei Vergiftungen von Tieren städtischerseits heraus zu geben.

Frau Reul-Nocke wird die Anregung aufnehmen.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt Kenntnis.

10.2. geändertes Meldegesetz, Vermieterbescheinigung Anfrage von Frau Fiedler

Auf Anfrage von Frau Fiedler teilt Herr Beckmann mit, dass das neue Meldegesetz zum 01.11.2015 in Kraft treten wird. Gemäß § 19 MeldFortG kommt die Meldebescheinigung für ein- und ausziehende Mieter wieder, d. h.: Meldet sich ein Mieter ab oder um, muss er hierzu künftig die Bestätigung des jeweiligen Wohnungsgebers oder einer von ihm beauftragten Person vorlegen.

Bisher noch nicht geregelt ist das Vorgehen, wenn diese Meldebescheinigung nicht vorgelegt wird.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt Kenntnis.

10.3. Spielplatz Stadtpark Anfrage von Herrn Schwandt

Herr Schwandt bezieht sich auf die Einweihung des neuen Spielplatzes im Stadtpark und stellt fest, dass in jüngster Zeit dort vermehrt Jugendliche in den Abendstunden ihre „Partys“ feiern. Er fragt an, ob der Ordnungsdienst hier abendliche Kontrollen durchführen kann, um dies zu unterbinden.

Herr Beckmann wird das Objekt in den Gesamtplan aufnehmen, stellt jedoch fest, dass bereits zum jetzigen Zeitpunkt ein umfangreiches Überprüfungspotential vorhanden ist.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt Kenntnis.

11. Sanierungsplanung und Sanierung eines Galvanikstandortes in Reinshagen

Grundsatzbeschluss zur Finanzierung und Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem AAV - Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung in NRW
Vorlage: 15/1124

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung empfiehlt dem Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

- Der Rat beschließt aufgrund der Gefahrenlage die Sanierung des Standortes.

- Der Rat stimmt dem Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages über die Sanierungsplanung und Sanierung mit dem AAV – Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung NRW zu.
- Der städtische investive Anteil i.H.v. 32.000 € im Jahr 2015 wird außerplanmäßig im Produkt 14.01.01 – Umweltschutz (INV311110 - Sanierung ehem. Betriebsstandort) mit Deckung aus dem Produkt 09.01.01 - Räumliche Planung und Entwicklung (INV127011 - Stadtumbau West - Nachnutzung Honsberger Str. 4) bereitgestellt.
- Im Vorgriff auf den noch festzustellenden Jahresabschluss 2014 wird eine Rückstellung in Höhe von 1.062.000 € für die Sanierung von Altlasten gebildet. Die notwendigen Mittel für die überplanmäßigen Aufwendungen werden im Produkt „14.01.01 – Umweltschutz“ in der Teilergebnisplanzeile „16 – Sonstige ordentliche Aufwendungen“ bereitgestellt. Die Deckung erfolgt aus dem Produkt „16.01.02 – Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft“ aus der Teilergebnisplanzeile „20 – Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen“.

12. BP 631 – Gebiet: Flurstraße

1. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Bürger (§ 13 a BauGB i.V.m. § 3 (2) BauGB)

2. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 13 a BauGB i.V.m. § 3 (2) und § 4 (2) BauGB)

**3. Satzungsbeschluss (§ 13 a BauGB i.V.m. § 10 (1) BauGB und § 7 Gemeindeordnung NRW)
Vorlage: 15/1131**

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung empfiehlt dem Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

1. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Bürger (§ 13 a BauGB i.V.m. § 3 (2) BauGB)

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 631 – Gebiet: Flurstraße - hat einschließlich Begründung in der Zeit vom 28.04.2014 bis einschließlich 30.05.2014 gem. § 13 a BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt. Dem entsprechenden Ergebnisbericht wird zugestimmt.

2. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 13 a BauGB i.V.m. § 3 (2) und § 4 (2) BauGB)

Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange erfolgte mit Schreiben vom 28.04.2014. Dem entsprechenden Ergebnisbericht wird zugestimmt.

3. Satzungsbeschluss (§ 13 a BauGB i.V.m. § 10 (1) BauGB und § 7 Gemeindeordnung NRW)

Der Bebauungsplan Nr. 631 - Gebiet: Flurstraße - wird gem. § 10 (1) BauGB i.V.m. § 7 GO NRW als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gem. § 9 (8) BauGB eine Begründung beigefügt. Dabei ist die umweltfachliche Betrachtung (§ 2 a Nr. 2 BauGB) gem. § 13 a (2) Nr. 1 i.V.m. § 13 (3) Satz 1 BauGB nicht Bestandteil der Begründung. Der redaktionellen Ergänzung der Begründung wird - entsprechend ihrer Darstellung in der Begründung zu dieser Beschlussvorlage - zugestimmt. Von der zusammenfassenden Erklärung wird gem. § 13 a (2) Nr. 1 i.V.m. § 13 (3) Satz 1 BauGB abgesehen. Der Beschluss des Bebauungsplanes ist gem. § 10 (3) BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

13. BP 612 - Gebiet: zwischen Hans-Potyka-Str. und Virchowstraße

1. Entscheidung über die während der 1. öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit (§ 3 (2) BauGB)

2. Entscheidung über die während der 1. öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 3 (2) in Verbindung mit § 4 (2) BauGB)

3. Entscheidung über die während der „Betroffenenbeteiligung wegen Planergänzung nach Offenlage“ eingegangenen Stellungnahmen der betroffenen Öffentlichkeit sowie der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (gem. § 4 a (3) Satz 4 BauGB)

4. Beschluss über die 2. öffentliche Auslegung des BP 612 (gem. § 3 (2) und 4 (2) BauGB i.V.m. § 4 a (3) Satz 1 BauGB)
Vorlage: 15/1171

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss folgenden Beschluss zu fassen:

1. Entscheidung über die während der 1. öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit (§ 3 (2) BauGB)

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 612 – Gebiet zwischen Hans-Potyka-Straße und Virchowstraße - hat einschließlich Begründung in der Zeit vom 28.10.2011 bis

einschließlich 02.12.2011 gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt. Dem entsprechenden Ergebnisbericht wird zugestimmt.

2. Entscheidung über die während der 1. öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 3 (2) und § 4 (2) BauGB)

Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 3 (2) i.V.m. § 4 (2) BauGB erfolgte mit Schreiben vom 02.11.2011. Dem entsprechenden Ergebnisbericht wird zugestimmt.

3. Entscheidung über die während der „Betroffenenbeteiligung wegen Planergänzung nach Offenlage“ eingegangenen Stellungnahmen der betroffenen Öffentlichkeit sowie der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (gem. § 4 a (3) Satz 4 BauGB)

Die planungsrechtlichen Festsetzungen des BP 612, Stand: 1. Offenlage, wurden im Anschluss an die 1. Offenlage ergänzt. Die Beteiligung der hiervon betroffenen Öffentlichkeit sowie der hiervon berührten Träger Öffentlicher Belange erfolgte in der Zeit vom 30.01.2012 bis einschl. 20.02.2012. Dem entsprechenden Ergebnisbericht über die Betroffenenbeteiligung wegen Planergänzung nach Offenlage wird zugestimmt.

4. Beschluss über die 2. öffentliche Auslegung des BP 612 (gem. § 3 (2) und 4 (2) BauGB i.V.m. § 4 a (3) Satz 1 BauGB)

Der Entwurf des BP 612 wurde nach Durchführung der 1. Offenlage überarbeitet.

Der auf Blatt 2 von 2 dargestellten neuen Plankonzeption des BP 612 wird zugestimmt.

Der überarbeitete Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 612 – Gebiet zwischen Hans-Potyka-Straße und Virchowstraße – wird, mit der Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen, für die Dauer eines Monats zum 2. mal öffentlich ausgelegt. Der Beschluss über die 2. Offenlage, sowie Ort und Dauer der 2. Auslegung, sind ortsüblich bekannt zu machen. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können und dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, wenn mit ihm nur Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Mit Eintritt der Rechtsverbindlichkeit des Bebauungsplanes Nr. 612 – Gebiet zwischen Hans-Potyka-Straße und Virchowstraße – ist der Bebauungsplan Nr. 192, Gebiet: Zufahrt Krankenhaus, in den Teilen nicht mehr anzuwenden, in denen er von der aktuellen Bauleitplanung überlagert wird.

- 14. 2. Änderung des Flächennutzungsplans - Gebiet Platz, westlich Morsbachtalstraße**
- 1. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB)**
 - 2. Entscheidung über die im Rahmen der öffentlichen Auslegung eingereichten Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB) sowie der Nachbargemeinden (§ 2 Abs. 2 BauGB)**
 - 3. Entscheidung über die Stellungnahmen der betroffenen Öffentlichkeit sowie der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4a Abs. 3 S. 4 BauGB)**
 - 4. Feststellungsbeschluss und Antrag auf Genehmigung (§ 6 Abs. 1 BauGB)**
- Vorlage: 15/1193**

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung empfiehlt dem Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

1. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB)

Über die im Rahmen der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit wird entsprechend dem als Anlage 1 beigefügten Ergebnisbericht entschieden.

Um dem in § 1 Abs. 7 BauGB verankerten Abwägungsgebot umfassend gerecht werden zu können, wird dem Rat der Stadt nochmals der Ergebnisbericht über die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen vorgelegt (Anlage 2).

2. Entscheidung über die im Rahmen der öffentlichen Auslegung eingereichten Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB) sowie der Nachbargemeinden (§ 2 Abs. 2 BauGB)

Über die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend dem als Anlage 3 beigefügten Ergebnisbericht entschieden.

Um dem in § 1 Abs. 7 BauGB verankerten Abwägungsgebot umfassend gerecht werden zu können, wird dem Rat der Stadt nochmals der Ergebnisbericht über die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden eingegangenen Stellungnahmen vorgelegt (Anlage 4).

3. Entscheidung über die Stellungnahmen der betroffenen Öffentlichkeit sowie der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4a Abs. 3 S. 4 BauGB)

Über die Stellungnahmen der betroffenen Öffentlichkeit sowie der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird entsprechend den als Anlagen 5 und 6 beigefügten Ergebnisberichten entschieden.

4. Feststellungsbeschluss und Antrag auf Genehmigung (§ 6 Abs. 1 BauGB)

Die 2. Änderung des Flächennutzungsplanes – Gebiet Platz, westlich Morsbachtalstraße – wird einschließlich der gem. § 5 Abs. 5 BauGB beigefügten Begründung beschlossen (Anlagen 7 und 8). Der 2. Änderung des Flächennutzungsplanes wird gem. § 6 Abs. 5 BauGB eine zusammenfassende Erklärung beigefügt (Anlage 9).

Die 2. Änderung des Flächennutzungsplanes ist gem. § 6 Abs. 1 BauGB der höheren Verwaltungsbehörde zur Genehmigung vorzulegen.

Tanja Kreimendahl
Vorsitzende

Birgit Mendrysha
Schriftführerin